

An die  
Mitglieder des  
Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz

**Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER nach § 76 Abs. 2 GOLT**

Die Fraktion FREIE WÄHLER hat mit Schreiben vom 26. Januar 2024 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

**„Situation der Jugendämter in Rheinland-Pfalz“.**

**Begründung:**

Laut einer aktuellen Umfrage des ARD-Politikmagazins „Report Mainz“ bei den bundesweit knapp 600 Jugendämtern herrscht dort Personalmangel und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leiden unter Überlastung. Demnach räumte fast jedes vierte antwortende Jugendamt ein, dass es 2023 deshalb zu einer Gefährdung von Kindern und Jugendlichen gekommen sei. Kinderschutzexpertin Kathinka Beckmann von der Hochschule Koblenz nennt das Ergebnis „besorgniserregend“. Oft fehlten auch geeignete Plätze, um Kinder in Not unterzubringen. Laut Tagesschau haben rund 24 Prozent der antwortenden Jugendämter berichtet, dass Kinder 2023 aufgrund mangelnder Plätze in der Inobhutnahme in den Räumlichkeiten des Jugendamtes übernachten mussten, Kinder sogar Privatpersonen anvertraut würden oder Mitarbeiter des Jugendamtes Kinder mit nach Hause nehmen mussten.

Die Landesregierung wird daher um Bericht gebeten – insbesondere zu den Fragen, wie man die Personalsituation in den rheinland-pfälzischen Jugendämtern bewertet, wie man dem Personalmangel entgegenwirken will und welche Möglichkeiten die Landesregierung sieht, die Jugendämter kurzfristig zu entlasten und zu unterstützen. Ebenso bitten wir um Bericht, wie viele Betreuungsplätze für Kinder in Not es in Rheinland-Pfalz gibt und wie diese ausgelastet sind.